

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/80

14. Mai 1975

Aktiver Beitrag für den Frieden

Aufgabe und Leistung der Mütter in unserer Welt

Von Marie Schlei MdB

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

Seite 1 / 26 Zeilen

Arbeitsgemeinschaften sind keine pressure-groups

Zur Landeskonzferenz 1975 der bayerischen Jungsozialisten

Von Dr. Peter Glotz MdB

Stellv. Landesvorsitzender der SPD in Bayern und Parla-
mentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für
Bildung und Wissenschaft

Seite 2 und 3 / 45 Zeilen

Der Kampf um Vater Rhein

Ist der "Strom aller Ströme" noch zu retten?

Seite 4 und 5 / 75 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Der Hannover-Parteitag zum Ministerpräsidentenerlaß

Seite 6 / 40 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 37 80 97 - 38
Telex: 06 68 846 - 48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Aktiver Beitrag für den Frieden

Aufgabe und Leistung der Mütter in unserer Welt

Von Marie Schlei MdB

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

"Muttertag" im "Jahr der Frau" - für viele war dieses Zusammentreffen ein doppelter Grund zum Unmut darüber, daß man überhaupt feierliche Anlässe brauche, um sich an die Arbeit der Frauen und Mütter zu erinnern.

Ich sehe in diesem Tag aber einen Anlaß, um an die große gesellschaftliche Verantwortung zu erinnern, die mit der Aufgabe verbunden ist, Kinder zu erziehen. Diese Arbeit erschöpft sich nicht bloß darin, für superweiße Wäsche und vitaminreiches Essen zu sorgen, wie uns die Werbung glauben machen will. Vielmehr bestimmen die Mütter das Weltbild ihrer Kinder in den ersten Lebensjahren. Das Bild der Welt, in der wir morgen leben werden, wird aber durch diese Kinder bestimmt, die heute erzogen werden.

Die Erziehungslleistung ihrer Mütter entscheidet ganz wesentlich darüber, ob die nächste Generation fähig ist, unsere Welt menschenwürdig zu erhalten und sie gerechter zu gestalten. Dazu genügt es nicht, in Elternhaus und Schule das humanistische Menschenbild zu wiederholen, daß der Mensch edel, hilfreich und gut zu sein habe. Das Bemühen um ein solches Verhalten muß im täglichen Umgang mit Kindern vorgelebt werden.

Schon in einer frühen Entwicklungsphase der Kinder entscheidet sich durch das Verhalten ihrer Mütter, ob die Kinder Konflikte im Wege der Toleranz und des friedlichen Ausgleichs verschiedener Interessen lösen können. Zu Hause entscheidet sich, ob die Kinder mündige, einsichtsfähige Menschen werden, die nicht Konfrontation, sondern Kooperation mit ihren Mitmenschen suchen.

Diese Verhaltensstrukturen sind erlernbar. Die Mütter, die bewußt in ihrer täglichen Arbeit für und mit ihren Kindern sich dieser Erziehungsaufgabe stellen, leisten einen aktiven Beitrag für mehr Frieden in unserer Welt. Dafür gilt ihnen unser Dank - auch an einem "Muttertag".

(-/14.5.1975/ks/pr)

+ + +

Arbeitsgemeinschaften sind keine pressure-groups

Zur Landeskonzferenz 1975 der bayerischen Jungsozialisten

Von Dr. Peter Glotz MdB

Stellv. Landesvorsitzender der SPD in Bayern und Parlamentarischer
Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Die Landeskonzferenz der bayerischen Jungsozialisten hat gezeigt, daß der schwierige innere Zustand der sozialdemokratischen Jugendorganisation noch keineswegs überwunden ist, daß sich aber eine vernünftigeren Einstellung auf die Realität langsam abzeichnet. Zwar hat der Beginn der Konferenz einen bösen Rückfall in die alte Krankheit der Jungsozialisten - die innerparteiliche Konfliktstrategie - gebracht, im Verlauf der Konferenz standen dann aber praktische Probleme der politischen Arbeit stärker im Vordergrund.

Inbesondere ist positiv zu vermerken, daß die bayerischen Jungsozialisten sich künftig verstärkt um die Probleme junger Berufstätiger kümmern wollen. Der Entschluß, die Gründung von Juso-Hochschulgruppen an den bayerischen Universitäten zu betreiben, ist zu begrüßen. Er verlangt einen deutlichen Trennungssatz zum Sozialistischen Hochschulbund, der sich in der Zwischenzeit als ein Anhängsel der kommunistischen Studentenverbände Spartakus erwiesen hat. Auch die Beschäftigung mit den Problemen des ländlichen Raumes, also des Problems der politischen "Provinz", zeigt, daß die Jungsozialisten zu erkennen beginnen, daß man bei der Vertrauensarbeit in der Bevölkerung beim jeweiligen Bewußtseinszustand der Menschen ansetzen muß.

Der alte und neue Landesvorsitzende der Jungsozialisten, Bernd Schoppe, hat seine Kritik an Landesvorsitzenden der bayerischen SPD, Bundesjustizminister Dr. Hans-Jochen Vogel, dahingehend eingeschränkt, daß

die Jungsozialisten bereit seien, Dr. Vogel zu unterstützen, wenn er seinerseits eine Integration der Sozialdemokratie anstrebe. Dazu ist zu sagen: Schoppe hat seiner Organisation durch die erneute Personalisierung kontroverser Auffassungen nicht gedient. Dies gilt auch für die eingeschränkte Version seiner Aussagen. Eine Arbeitsgemeinschaft kann die Unterstützung des Parteivorsitzenden der jeweiligen Ebene nicht von Bedingungen abhängig machen, sondern muß sich dem Mehrheitswillen der demokratischen Organisation beugen. Jedes einzelne Mitglied hat vor einer Personalentscheidung das Recht, seine Meinung zu dieser Personalentscheidung zu sagen. Wenn diese Entscheidung aber gefallen ist, muß sie von allen solidarisch vertreten werden. Und vor allem eins: Arbeitsgemeinschaften haben spezifische Aufgaben innerhalb der SPD, sie sind aber keine pressure-groups der innerparteilichen Personalpolitik.

Die Jungsozialisten stehen in den nächsten zwei Jahren vor großen Aufgaben. Sie hatten es für richtig gehalten, einen alten sozialdemokratischen Konflikt, der spätestens mit dem Godesberger Programm überwunden wurde, für sich erneut zu aktualisieren: den Konflikt zwischen reformistischer Praxis und antireformistischer Theorie. Diese Kluft muß rasch wieder überbrückt werden. Erst dann wird sich die Jungsozialistenorganisation mit größerer Effektivität den eigentlichen Aufgaben zuwenden können: Der Gewinnung junger Menschen für die Ideen des demokratischen Sozialismus.

(-/14.5.1975/bgy/pr)

+ + +

Der Kampf um Vater Rhein

Ist der "Strom aller Ströme" noch zu retten ?

Die Sanierung des Rheins durch Infusionen Ideen zu wollen wird wohl allein dem Künstler vorbehalten bleiben, der zur Zeit in einer Ausstellung mit dem beziehungsreichen Titel "Warum ist es am Rhein so schön ?" im Wiesbadener Museum vertreten ist. In der Tagespolitik wird dagegen für die Sanierung des Rheins mit ganz anderen Mitteln gekämpft - mit 400.000 Arbeitslosen beispielsweise, die die deutsche chemische Industrie für den Fall an die Wand malt, daß ein von der internationalen Rheinschutzkommission im Rohentwurf vorgelegtes Programm zur Sanierung von "Vater Rhein" als verbindliche Richtschnur Geltung erlangen sollte.

Dieser Rohentwurf beinhaltet unter anderem drei Listen, gegen die sich der Zorn der Industriellen vom Rhein besonders richtet: Eine "schwarze" mit jenen Stoffen, deren Einleitung in den Rhein total verboten werden soll, eine "graue" Liste, die alle Stoffe aufführt, sowie eine "gelbe" Liste, die alle jene Substanzen aufzählt, die die Wasserqualität verändern und deren Konzentration daher laufend überwacht werden muß.

Der Rheinschutzkommission gehören neben der Bundesrepublik die Schweiz, Frankreich, Luxemburg und die Niederlande an. Bei soviel internationaler Beteiligung und Konkurrenz auf wirtschaftlichem Gebiet ist es kein Wunder, daß man sich auch die Überschrift zu dem nächsten Kapitel um diesen neuerlichen Kampf um den Rhein aus der bereits zitierten Ausstellung in Wiesbaden entleihen kann: "Die Macht am Rhein". Denn nicht allein der Schutz der Wasserqualität, so mutmaßen die Chemiegiganten in ihrem Memento, sondern auch ganz handfeste wirtschaftliche Interessen der beteiligten Staaten spielen bei der Aufstellung der genannten Listen eine Rolle. Man wolle, so heißt es, über den Umweg Umweltschutz die internationale Konkurrenzfähigkeit der bundesrepublikanischen Chemieindustrie treffen.

In verschiedenen Antworten an den deutschen Bundestag hat die Bundesregierung durchaus nationale Interessen bei den Verhandlungen der Rheinschutzkommission konzipiert. Doch auch sie selbst wird die eigenen Interes-

sen dort doch sicherlich vertreten. Die Bundesregierung ist im Übrigen der Meinung, daß die Industrie der Bundesrepublik durchaus in der Lage sei, ihre Abwässer ordnungsgemäß zu reinigen, ohne sofort ihre internationale Konkurrenzfähigkeit zu verlieren.

Im hessischen Umweltministerium in Wiesbaden, das den Vorsitz in der deutschen Rheinschutzkommission inne hat, war zu hören, daß die Industrie mit ihrem "Donnerhall" wohl mehr einen Schreckschuß abgegeben habe, weil bisher kein einziges der vielen existierenden Papiere unter den Beteiligten unumstritten sei. Gisleng gebe es auch beispielsweise nicht einen einzigen Grenzwert, ja nicht einmal eine Diskussion um Zahlen. War also der Schreckschuß der Industrie ein Schuß ins Leere? Wohl kaum. Denn wer sich in Bürokratien auskennt, der weiß, daß ein solcher Wirbel in der Öffentlichkeit schon seine Wirkungen hat, auch wenn sie zunächst nur unterschwellig zu Tage treten. Der hessische Umweltminister Willi Görlich machte darauf aufmerksam, daß 20 Millionen Menschen ihr Trinkwasser aus dem Rhein beziehen. Diese Möglichkeit müsse auch in Zukunft gesichert bleiben. In einem ersten Schritt müssen daher jetzt erst einmal einheitliche Grundlagen für die Einleitungsbedingungen geschaffen werden, die für alle Rheinanlieger Gültigkeit haben. Wenn man diese Grundlage habe, müsse Bilanz gezogen werden, damit man sehe, ob die Summe all dessen, was da in den Rhein geschüttet wurde, die Wasserqualität noch gewährleiste, die man brauche. Erst nach dieser Bilanz werde es möglich sein, Grenzwerte festzusetzen.

Soweit Hessens Umweltminister Willi Görlich, der sicherlich deutlich genug gesagt hat, was dringend gemacht werden muß, wenn es bereits jetzt nicht schon zu spät sein sollte; denn ob jene Behauptungen stimmen, wonach die Belastungserhöhung des Rheins zum Stillstand gekommen sein soll, das ist nur schwer nachprüfbar. Aber nicht allein die internationale Rheinschutzkommission ist dabei, ein Chemiepapier zu erstellen. Auch die EG-Behörden in Brüssel haben bereits mit der Arbeit zur Rettung des "Stroms aller Ströme" begonnen und arbeiten an einem ebensolchen Papier.

Hermann Wygode
(-/14.5.1975/ka/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Der Hannover-Parteitag zum Ministerpräsidentenerlaß

Der SPD-Parteitag von Hannover 1973 hatte zum Ministerpräsidentenerlaß vom 28. Januar 1972 einen grundlegenden Beschluß gefaßt, der im Zusammenhang mit der aktuellen Radikalen-Debatte von Interesse sein wird.

"Die von der SPD geführten Regierungen, die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktionen werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß bei der Bekämpfung verfassungswidriger Bestrebungen, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richten, eine verfassungsgemäße und rechtsstaatliche Behandlung von Bewerbern und Bediensteten im öffentlichen Dienst gewährleistet ist.

Dabei ist nach folgenden Grundsätzen zu verfahren:

1/ Entsprechend den Vorschriften des Grundgesetzes, der Beamtengesetze und Tarifverträge ist Voraussetzung für die Tätigkeit im öffentlichen Dienst das Bekenntnis und der aktive Einsatz für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes. Einer zusätzlichen Treuerklärung bedarf es nicht.

2/ Nach dem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 21. März 1961 kann "bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts niemand die Verfassungswidrigkeit einer Partei rechtlich geltend machen". Die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen politischen Partei steht daher einer Mitarbeit im öffentlichen Dienst nicht entgegen. Dies gilt auch für die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Organisation.

3/ Jeder einzelne Zweifelsfall ist genau zu überprüfen. Auf Angaben anonym bleibender Zeugen darf die Ablehnung nicht gestützt werden. Der Betroffene ist anzuhören; im Falle der Ablehnung oder Entfernung aus dem Dienst müssen ihm die Gründe schriftlich mitgeteilt werden, damit er sie gerichtlich überprüfen lassen kann. Eine derartige Entscheidung darf nur von der obersten Dienstbehörde ausgesprochen werden. Hat die öffentliche Hand ein Ausbildungsmonopol rechtlicher oder faktischer Art, muß einem Bewerber Gelegenheit gegeben werden, seine notwendige Ausbildungszeit zu absolvieren.

4/ Auch im Bereich des öffentlichen Dienstes muß die verfassungsrechtlich garantierte Vielfalt von Meinungen erhalten bleiben, damit eine Verengung des Freiheitsraumes vermieden wird und für weiterführende Ideen und Initiativen, die auf nicht gewaltsame Veränderungen im Rahmen des Grundgesetzes gerichtet sind, Platz bleibt.

5/ Verfassungswidrige Bestrebungen müssen vor allem politisch bekämpft werden; administrative Mittel können stets nur ergänzend hinzutreten.

6/ Die bisherige Entscheidungspraxis ist zu überprüfen. Entscheidungen, die mit den vorstehenden Grundsätzen nicht übereinstimmen, sind aufzuheben. Der Beschluß der Ministerpräsidenten vom 28. Januar 1972 ist entsprechend zu ändern und zu präzisieren."
(-/14.5.1975/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freller